

Herausgeber:

Bundesvorstand Vorstands-
bereich I Bundes-
vorsitzender

Abteilung Wirtschafts-,
Bau- und Arbeitsmarktpoli-
tik

Olof-Palme-Straße 19
60349 Frankfurt

29.05.2013 Wie-Mt-Gri

Ansprechpartner:

Martin Mathes

Tel.: 030 – 246 39 220

martin.mathes@igbau.de

Aktuelle Kurzinformation Nr. 4/2013 (aktualisierte Fassung Mai 2013)

Welche Positionen haben die Parteien zur Rentenpolitik?

Als Anlage beigefügt ist eine aktualisierte Übersicht der Positionen zu einigen Fragen der Rentenpolitik (Stand: 28.5.2013). Diese Fassung ersetzt die „Aktuelle Kurzinformation 4/2013“ vom Februar 2013.

In dieser aktualisierten Fassung sind die zwischenzeitlich beschlossenen Wahlprogramme von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP berücksichtigt. CDU/CSU und DIE LINKE haben ihre Wahlprogramm-Parteitage noch nicht abgehalten. Bei ihnen sind die jeweils letzten verfügbaren Beschlüsse angegeben.

Anlage

	CDU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	IG BAU
„Lücke vor der Rente“	<ul style="list-style-type: none"> • „Kombirente“ = verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner [ab 63] 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilrente ab 60 oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle als Grundlage für Tarifverträge • Abschlagfreie Rente ab 63 nach 45 Versicherungsjahren • „Rente mit 67“ erst möglich wenn 50 % der 60-64jährigen sv-pflichtig beschäftigt 	<ul style="list-style-type: none"> • Individuelle Übergangslösungen, insbesondere durch eine Teilrente ab 60 Jahren • „Rente mit 67“ notwendig, aber nur vertretbar wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für Ältere einhergeht 	<ul style="list-style-type: none"> • „Rente mit 67“ abschaffen • Abschlagfreie Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren (und gleichgestellter Zeiten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Renteneintritt ab 60 bei entsprechenden Abschlägen [Anmerkung: bei heute gültiger Abschlagshöhe bis zu 25,2 %] • Unbegrenzte Hinzuverdienstmöglichkeiten neben der Rente 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfreie Rente nach 44 Versicherungsjahren • Rente mit 67 stoppen • Tariflich-staatliche Altersflexi-Regelung mit angemessener staatlicher Beteiligung [Kombi- oder Teilrente funktioniert in unseren Branchen nicht, u.a. weil dabei Abschläge von bis zu 25,2 % auf den vorzeitig in Anspruch genommenen Rententeil anfallen]
Erwerbsminderungsrente	<ul style="list-style-type: none"> • schrittweise Erhöhung durch Verlängerung Zurechnungszeit auf 62 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei • Erhöhung durch Verlängerung Zurechnungszeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei • Zugang erleichtern 		<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei • Erleichterter Zugang, wenn kein geeigneter Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann
Rentenniveau und Beiträge		<ul style="list-style-type: none"> • Aufrechterhaltung derzeitiges Niveau bis 2019 • 2020 Neubewertung, wie Ankopplung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist 	<ul style="list-style-type: none"> • angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen 	<ul style="list-style-type: none"> • Anhebung Rentenniveau auf 53 % • Möglichkeit, Ansprüche aus „Riesler“-Verträgen in gesetzliche Rentenversicherung zu übertragen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzliche Rente soll in stärkerem Maße durch betriebliche und private Vorsorge ergänzt werden • Keine Rücknahme der Absenkung des Rentenniveaus 	<ul style="list-style-type: none"> • Erster Schritt: Heutiges Rentenniveau halten • Langfristig Bürgerversicherung [siehe unten]

	CDU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	IG BAU
Niedrigrenten	<ul style="list-style-type: none"> • „Lebensleistungsrente“; Rente oberhalb Grundsicherungsniveau [aktuell 686 €] durch Hochwertung von Beiträgen, Voraussetzung: 40 Beitragsjahre (einschließlich Pflege-/Kinderzeiten) und private Vorsorge • Freibeträge für private oder betriebliche Vorsorge [bei Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung] 	<ul style="list-style-type: none"> • 850 € „Solidarrente“ durch Hochwertung von Beiträgen aus Niedrigeinkommen und Arbeitslosigkeit bzw. durch Grundsicherung; Voraussetzung: 30 Beitrags-/40 Versicherungsjahre 	<ul style="list-style-type: none"> • 850 € „Garantierrente“; Voraussetzung: 30 Versicherungsjahre • Verbesserungen bei Anrechnung von Vermögen auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 	<ul style="list-style-type: none"> • „Solidarische Mindestrente“ über Armutsgrenze (Vorschlag 1.050 € netto) • Bessere Absicherung u.a. von Zeiten der Arbeitslosigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Freibeträge bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Renten aus privaten oder betrieblicher Vorsorge • „Liberales Bürgergeld“ soll Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise ersetzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Hochwertung von Beiträgen aus Niedrigeinkommen • Beitragszahlung für Hartz IV-Bezieher von 50 % des Durchschnittseinkommens • Zwangsverrentung von Hartz IV-Beziehern stoppen
Bürgerversicherung		<ul style="list-style-type: none"> • Selbständige ohne obligatorische Absicherung werden in gesetzliche Rentenversicherung einbezogen • Ziel Erwerbstätigenversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Perspektivisch „Bürgerversicherung“, in die alle Bürger auf alle Einkommensarten einzahlen • Erste Schritte Einbezug u.a. von nicht pflichtversicherten Selbständigen 	<ul style="list-style-type: none"> • Einbezug aller Erwerbstätigen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gegen „gründungs- und innovationsfeindliche Zwangslösungen“ bei der Rentenversicherungspflicht für Selbständige 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerversicherung als Antwort auf demografische Herausforderung (Einbezug aller Bürger, Beiträge auf alle Einkommensarten, Wegfall Beitragsbemessungsgrenze)

	CDU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	IG BAU
Sonstiges bzw. Anmerkungen	<ul style="list-style-type: none"> Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat einen eigenen Beschluss gefasst. Darin wird eine „bedarfsabhängige Anerkennung der Lebensleistung innerhalb der gesetzlichen Rente“ abgelehnt. 					
Quelle	Beschluss „Sichere Rente – starker Generationenvertrag“, CDU-Bundesparteitag Dezember 2012 Beschluss „Faire Löhne, sichere Renten, starker Sozialstaat“, Klausurtagung der CSU-Landesgruppe Januar 2013	Regierungsprogramm 2013-2017, Beschluss des Parteitages April 2013	Bundestagswahlprogramm 2013, Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz April 2013 (Kapitel G, vorläufig, Stand 28.5.2013)	Leitantrag des Parteivorstandes zum Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, Stand: 14.4.2013	Bürgerprogramm 2013, Beschluss des Parteitages April 2013 (vorläufige Fassung Stand 28.5.2013)	Entscheidung „Rente muss zum Leben reichen!“ des 7. Außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG BAU März 2012

Die Hinweise in eckigen Klammern sind ergänzende redaktionelle Anmerkungen, die nicht den Veröffentlichungen der Parteien entstammen.

Quellen (Abruf 28.5.2013):

- <http://www.hannover2012.cdu.de/sites/default/files/media/121205-sonstige-beschluesse.pdf>
- <http://www.cdusu.de//mediagalerie/getMedium.aspx?showportal=4&showmode=1&mid=3013>
- http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf
- <http://www.gruene.de/partei/gruenes-wahlprogramm-2013.html>
- <http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf>
- http://www.fdp.de/files/408/B_rgerprogramm_2013-vorl_ufige_Fassung.pdf
- http://www.igbau.de/Binaries/Binary13626/Entschlieszung7AOGT_31032012.pdf